

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 8 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Hofbau u. Verwaltung: Drag 11, Arhizanska 15 • Tel. 20793, 31469, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 53556 • Postfach: 57544

12 Jahrgang. Sonntag, 26 Juni 1932 Nr. 151.

Bapen verspricht wirtschaftliche Kompensationen

und anerkennt Frankreichs „Recht auf Ertrag“

Berlin, 25. Juni. Reichskanzler von Bapen hat gestern dem Louvren Berichterstatter des „Matin“ ein Interview gegeben, in dem er u. a. sagte:

„Ich kann Ihnen nur das wiederholen, was ich bereits dem Ministerpräsidenten Herr de la Loge gesagt habe. Ich bin der erste, der zugestimmt hat, Frankreich bei der Liquidierung der Reparationsangelegenheiten ein Recht auf Ertrag zu geben. Wenn ich materiell diesen Ertrag in Geldform bieten könnte, würde ich dies aus vollem Herzen tun. Da mir dies aber unmöglich ist, verlange ich, daß wir gemeinsam in dieser Sache auf einem anderen — auf wirtschaftlichem — Gebiet, und zwar im Rahmen der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, suchen.“

Weiters fügte der Kanzler großsprecherisch hinzu, daß er alle nationalen Kräfte Deutschlands vertreten, was bisher keiner seiner Vorgänger erklären konnte. Bisher habe Frankreich bei den gemeinsamen Versuchen nach einer französisch-deutschen Annäherung nur die deutsche Linke gehabt. Habe es kein Interesse daran, die Rechte, das ist ganz Deutschland, dabei zu haben?

Empörung in der deutschen Presse.

Dieses Interview hat in der ganzen deutschen Presse eine Sensation hervorgerufen. Während fast die ganze Presse auf dem radikalen Standpunkt steht, daß Deutschland nie mehr an Reparationen denke und sie einfach gestrichen werden müßten, erklärt nun der Reichskanzler, daß er bereit sei, über Kompensationen zu verhandeln.

Die nationalistische „Deutsche Tageszeitung“, die die Politik des jetzigen Kabinetts vertritt, verlangt vom Kanzler ein klares Dementi, da er sonst mit dem schärfsten Widerspruch der nationalen Rechte rechnen müsse. Die „Deutsche Zeitung“ hält es überhaupt für ausgeschlossen, daß der Reichskanzler derartige Erklärungen abgegeben habe. Der demokratische „Börseburger“ hält es für einen schändlichen Fehler des Kanzlers, durch den die weiteren Verhandlungen bestimmt nicht erweitert werden.

Der Reichskanzler sah daraufhin nach seiner Rückkehr nach Berlin durch das Wolff-Büro ein sehr schwaches Dementi verbreiten, daß der Niederschlag seiner letzten Unterhaltung in mißverständlicher Form wiedergegeben sei.

Warnung Preußens an die Reichsregierung.

Berlin, 25. Juni. Von dem preussischen Innenminister nächstebender Seite wird folgendes festgestellt:

An der heutigen Unterredung zwischen dem Reichsinnenminister und dem preussischen Innenminister hat der letztere die Reichsregierung dringend gewarnt, ohne durchschlagende legale Gründe die Reichsaufsicht über die Einsetzung eines Reichskommissars einem oder mehreren Ländern gegenüber in Anwendung zu bringen. In Preußen sei und bleibe die Polizei fest in der Hand des Ministers.

Italien nimmt ohne Vorbehalt an

Washington, 25. Juni. Der italienische Botschafter erklärte dem Staatssekretär Stimson, daß Italien den Abrüstungsplan des Präsidenten Hoover ohne Vorbehalt annehme. Dem Staatsdepartement wurde ferner von dem amerikanischen Botschafter im Haag mitgeteilt, daß auch die Niederlande den Plan vollkommen billigen.

Das fällige Dementi.

Doorn, 25. Juni. (Conti.) Der ehemalige deutsche Botschafter in Doorn, von seinem vorübergehenden Aufenthalt im Nordseebad Zandvoort wieder nach Doorn zurückgekehrt. Im Gegensatz zu anderslautenden Gerüchten und Pressevermutungen kann festgestellt werden, daß der ehemalige Kronprinz in der letzten Zeit seinem Vater weder in Zandvoort noch auf dem Besuche in Doorn einen Besuch abgestattet hat.

Nazi-Ueberfall auf das „Vorwärts“-Gebäude.

Schießerei im Hof mit drei Verletzten. / Graf Helldorf dirigiert.

Berlin, 25. Juni. (Eigenbericht.) Heute um vier Uhr nachmittags wurde ein Lautsprecherauto der sozialdemokratischen Partei in der Nähe des „Vorwärts“-Gebäudes von uniformierten Hakenkreuzlern überfallen, die aus dem Hauptquartier der Nazis gekommen waren. Sie rissen den Festen des Wagens ab; der Fahrer wehrte sich jedoch und von Zuschauern wurde die Reichsbanner-Belegung des „Vorwärts“ alarmiert, die dort seit einigen Tagen untergebracht ist, weil der nationalsozialistische „Angriff“ zum Sturm auf das Parteihaus aufgefordert hatte. Es gelang, die geraubten Gegenstände zurückzuerobern.

Um diese Zeit kamen einige Hundert Nazis von einer Leichenfeier vorbei. Etwa 150 davon drangen durch das offene Tor in den Hof des „Vorwärts“-Gebäudes ein; es kam zu einem Handgemenge, wobei auch einige Schüsse fielen. Ein Reichsbannermann erhielt einen Oberschenkeltschuss, ein zweiter einen Streifschuss am Ohr und ein Hakenkreuzler einen Bauchschuß. Ein Ueberfallskommando der Polizei drängte die Eindringlinge dann aus dem Haus hinaus.

Die Nachricht von dem Ueberfall verbreitete sich sehr rasch. Es kamen Hunderte von Genossen herbeigeeilt, wurden aber von der Polizei energisch zum Weitergehen veranlaßt. Während dessen aber sah man etwa sechs bis acht SA-Männer in der Nähe stehen und einem

Auto mit SA-Führern, unter denen auch der berühmte Graf Helldorf war, immer wieder Meldung erstatten.

Auf eine Beschwerde hin wurde erklärt, daß diese als Zeugen zur Polizei gebracht werden sollen. Tatsächlich wurden sie ebenso wie die Reichsbannerleute zur Polizei gebracht, die Nazis allerdings im Personenauto, die Reichsbannerleute im Ueberfallauto.

Indessen wurde aber die Straße von der Polizei abgeperrt und alle, die das Vorwärtsgebäude verlassen wollten, nach Waffen durchsucht. Kurz nach 8 Uhr kam wieder die allerdings unrichtige Nachricht, daß die Hakenkreuzler neuerlich versuchen, die Polizeisperre zu durchbrechen.

Es besteht der Verdacht, daß der Ueberfall auf den „Vorwärts“ beabsichtigt war, was namentlich nach der Aufforderung des „Angriff“ nicht unwahrscheinlich ist. Die Kommunisten versuchten, diesen Ueberfall für ihre Zwecke auszunutzen, und verbreiteten eine Extra-Ausgabe der „Roten Fahne“, worin mit Hinweis auf einen angeblich beabsichtigten Rechtsputsch die kommunistischen Arbeiter aufgefordert wurden, dem „Vorwärts“ zu Hilfe zu kommen. Da zu befürchten war, daß diese Parole heute nachts unangenehme Folgen haben werde, hat auch der „Vorwärts“ eine Extraausgabe veranstaltet, worin er den Sachverhalt schildert und vor Unbesonnenheiten warnt.

Bayrisches Uniformverbot bleibt!

Regierungserklärung: Mit allen Mitteln gegen jeden Bruch der Rechtsordnung.

München, 25. Juni. In der heute zur Entgegennahme einer Regierungserklärung einberufenen Vollsitzung des bayerischen Landtages gab Ministerpräsident Dr. Held die Erklärung ab, daß das bayerische Gesamtministerium einstimmig beschlossen habe, es sei nicht in der Lage, dem Erlaß des Reichsinnenministers, das allgemeine bayerische Uniformverbot aufzuheben, zu entsprechen, und zwar aus rechtlichen und sachlichen Erwägungen.

Rechtlich sei auf Grund der Volkshoheit der Länder das Recht der Länder nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen unbestritten, tatsächlich sei das Erlaß des Reichsinnenministers auch nicht aus rechtlichen, sondern aus politischen Erwägungen begründet. Von allen ruhig und ohne Voreingenommenheit Denkenden müsse zugegeben werden, daß es der bayerischen Regierung in den letzten acht Jahren gelungen ist, trotz der Zuspitzung der politischen Gegensätze Gewalttaten in größerem Umfang zu verhindern, und vor allem auch die Straße — als öffentliches Verkehrsmittel für alle — von größeren Ausschreitungen und Ordnungstörungen freizuhalten. Als besonders wirksames Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Vermeidung von Ausschreitungen habe sich in Bayern der Ausschluß der Parteiuniform aus der Öffentlichkeit bewährt. Die bayerische Regierung weise den Vorwurf weit von sich, daß sie mit politischen oder parteipolitischen Verboten eine nationale Bewegung unterdrücken möchte. Der weitens größte Teil der bayerischen Bevölkerung, der an seiner nationalen Gemütsart nicht denken lasse, wolle aber keine Austragung politischer Gegensätze auf der Straße.

Die Verantwortung für Entschlüsse, wie sie die Reichsregierung verlangt, sei vor dem Gewissen und vor der Geschichte außerordentlich schwer, so schwer, daß sie die bayerische Staatsregierung ausschließlich denjenigen überlassen müsse, die ungeachtet der von fast allen Ländern geäußerten schweren Bedenken auf der Durchführung solcher Beschlüsse bestehen wollen.

Wie immer auch die Entscheidung der Reichsregierung ausfallen wird, so will die bayerische Regierung doch darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß sie, auch wenn sie die

Verantwortung für die beabsichtigten Maßnahmen des Reiches ablehnen muß.

entschlossen ist, im Rahmen der Reichsverfassung und des Reichsrechtes mit allen Mitteln und mit aller Schärfe gegen jeden Bruch der Rechtsordnung und insbesondere gegen alle Versuche einzuschreiten, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden.

Zum Schluß der Regierungserklärung gab der Ministerpräsident bekannt, daß er dem Reichspräsidenten heute die Stellungnahme Bayerns in einem besonderen Schreiben mitgeteilt habe, in dem betont wird, daß die bayerische Staatsregierung auf dem Boden der Reichsverfassung sei und bleibe, wie sich auch die bayerische Bevölkerung von keinem anderen Reichsteil in der Treue zum Reich übertreffen lasse.

Das Haus nahm dann in Abwesenheit der ausgeschlossenen Nationalsozialisten und der der Sitzung ferngebliebenen deutschnationalen Abgeordneten mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten eine Entschliessung an, die ausspricht,

daß der bayerische Landtag die Staatsregierung mit aller Entschiedenheit in dem Bestreben unterstützt, den inneren Frieden zu gewährleisten. Der bayerische Landtag billigt es, daß die bayerische Staatsregierung an den von ihr erlassenen Verboten festhält, sich gegen Eingriffe des Reiches mit dem Ziel der Aufhebung dieser Verbote wendet und daß sie entschlossen ist, Terror und Gewalttaten mit allen Nachmitteln abzuwenden.

„Aus Bayern wird kein politisches Tollhaus!“

Die Parteikorrespondenz der Bayerischen Volkspartei erklärt, die bayerische Staatsregierung denke nicht daran, sich ihrer Verantwortlichkeiten dem Volk gegenüber, die ihr durch kein Reichsrecht abgenommen werden könnten, zu entziehen. Auf der Grundlage des Rechtes und der Verfassung, gleichzeitig gestützt auf das unzerstörbare Lebensrecht des bayerischen Staates würde die bayerische Staatsregierung dafür sorgen, daß aus Bayern kein politisches Tollhaus werde.

Bluthetze in Deutschland.

Der Reichspräsident hat dem Erlaß der politischen Notverordnung, zu der ihn das Kabinett der Barone auf Grund der Abmachungen mit Hitler veranlaßt hat, einen nachdrücklichen Warnungsbrief an den Reichsminister des Innern, Freiherrn von Gahl, gerichtet und veröffentlicht lassen. In diesem Briefe spricht er die Erwartung aus, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen werde.

Diese Briefstelle zeigt, was das Kabinett der Barone dem Reichspräsidenten vorgestellt hat, und was er von der Auswirkung der völligen Entfesselung der Nationalsozialisten und ihrer Bürgerkriegsarmee erwartet hat. Man hat ihm vorgespiegelt, daß der Radikalismus der Nationalsozialisten nur Empörung über ungerechte Bedrückung sei. Jetzt zeigt sich, daß dieser Radikalismus Ausfluß blutrünstiger und niedriger Gesinnung ist, daß die Freiheit, die der Reichspräsident und die Reichsregierung Dillier und den Seinen gegeben hat, von ihnen als Auftrag zur Entfesselung des Bürgerkrieges empfunden wird.

Vom politischen Meinungskampf ist keine Rede mehr. Es handelt sich darum, daß eine Partei, die den Terror will, offen zu Mord und Blutvergießen auffordert, und ihre Leute uniformiert zum Blutvergießen auf die Straße schickt. Da ist keine Rede davon, daß es sich um Rotweber, um einzelne Uebergriffe handele! Der Wille zum Bürgerkrieg und der Befehl zum Bürgerkrieg geht von den nationalsozialistischen Führern aus.

In Berlin hat Nazi-Göbbels am Donnerstag eine Rede gehalten, die das Dreifache an Aufforderung zu Mord und Bürgerkriegsdrohungen darstellt, was sich die nationalsozialistischen Provokateure bisher geleistet haben. Dieser Mann hat davon gesprochen, daß „wenn einem der nationalsozialistischen Führer ein Haar gekrümmt werde, sie eine Rache nehmen würden, die die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat“. Das sagte am Vorabend des zehnjährigen Gedenktages der Ermordung Rathenaus der Führer einer Partei, die von jeher offen dem Terror gehuldigt und ihn angewandt hat!

Dieser Nordhecker Göbbels hat die jüdischen Länderregierungen auf das Unglaublichste beschimpft, er hat sie „Ras und separatistische Kanaille“ genannt. Die mit Herrn Hitler verbündete Reichsregierung schweigt dazu.

Dieser Göbbels hat in der gleichen Rede offene Morddrohungen gegen die Mitglieder der Regierung Brüning ausgesprochen. Die Reichsregierung, die mit Herrn Hitler verbündet ist, schweigt dazu. Sie unternimmt nichts, um ihre Vorgänger im Amt zu schützen gegen wahrnehmbare Provokateure, die heute noch dreister zum Mordheben als es jeherzeit gegen Rathenaus geschahen ist!

Dieser Bürgerkriegsbege entspricht der Ton der nationalsozialistischen Presse, Terrorhetze und Verleumdung, Provokation und dreiste Lüge, Aufpeitschung aller Haß- und Blutrünstigkeit — das ist der Inhalt des „Völkischen Beobachters“, des „Angriffs“ und der übrigen nationalsozialistischen Presse. Ungestraft und ungehemmt hat der Berliner „Angriff“ seine Anhänger aufgehetzt, die Zeitungsgebäude der namentlich bezeichneten Berliner Linksblätter zu stürmen. Es ist nicht das Verdienst der Reichsregierung, daß die Bürgerkriegsbanden der Nationalsozialisten nicht warten dürfen, diese Debe in die Tat umzusetzen!

Die nationalsozialistische Presse fordert ihre Anhänger viel deutlicher noch als ein Herr Fried zu einer Terror- und Blutnacht auf: „Das marxistische Verbrechen muß in einer einmaligen Aktion mit Stumpf

und Ziel ausgerollt werden! Die Reichsregierung, die mit Hitler im Bunde ist, duldet diese offene Aufforderung zum blutigen Bürgerkrieg!

Aus der nationalsozialistischen Presse ergeht sich eine Schlammschlacht von Beschimpfungen gegen leitende preussische und süddeutsche Beamte. Im Vertrauen auf Rückhalt bei der Reichsregierung und auf die durch die politische Notverordnung geschaffene Pressefreiheit, wie sie sie auffassen, werden die ungebührendsten aus den Fingern geeigneter diffamierender Vorwürfe gegen diese Beamten veröffentlicht. Der Berliner „Angriff“ hat sich dazu verriegelt, dem Berliner

Bürgerpolizeipräsidenten nachzusagen, er sei wegen ungebührender Korruption nach Paris geflüchtet. Der Zweck der Verleumdungen ist, die Staatsautorität zu zerstören, damit der Terror der Hitlerischen Bürgerkriegsbanden freie Bahn hat.

Für die Entfesselung dieser wilden und blutdürstigen Bürgerkriegshetze, die nur dank der laßbärtigen Besonnenheit der linksrheinischen Bevölkerung noch nicht zur totalitären Explosion geführt hat, trägt die Reichsregierung die volle Verantwortung! Dies ist schon festzustellen, ist notwendig, da es schon in den nächsten Stunden in Deutschland zu ungebührender Blutvergießen zu kommen droht.

Die Regierungsmüdigkeit der Landbündler.

Revolte im B. d. L.?

Die Erklärung des Landbündler Stöhr im Senat, daß das Landvolk an der Regierung und der Koalition kein Interesse mehr habe, wenn die landbündlerischen Forderungen nicht alle erfüllt werden, steht nicht allein da. Die Provinzialblätter des Bundes der Landwirte drücken seit einiger Zeit immer deutlicher die Unzufriedenheit ihrer Mitgliedschaft zum Ausdruck. Die derzeitige Wirtschaftslage, unter der auch die Landwirtschaft zu leiden hat, ist einer der Ursachen dieses Konfliktes, der auch die alten Ideologien nicht unberührt ließ. Eine rückläufige Entwicklung der Landbündlerorganisation beunruhigt ihre Führer immer mehr. Vor allem aber liegt sie die Tatsache nicht schlafen, daß durch die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung sie ihre Herrschaftsgelüste nicht voll und ganz zur Entfaltung bringen können. Betrübend darüber erklärt Herr Dahn, im „Deutschen Landboten“ vom 22. Juni, daß ihre Erfolge während der Bürgerblockregierung, wie Steuerreform und Gemeindefinanzgesetz, zum Teil wieder beseitigt wurden. Untragbar erscheint für sie die Fortsetzung der derzeitigen Politik in unserem Staate, durch die es der Sozialdemokratie möglich war, auch für die arbeitssamen und bedürftigen Schichten der Bevölkerung einiges herauszuholen. Nicht peinlich für sie ist auch, feststellen zu müssen, daß gerade die tschechische Agrarpartei an erster Stelle der tschechischen Chauvinisten steht, die nun in ihrer Presse wieder Töne anschlagen, wie man sie schon lange nicht gehört hatte. „So kann es nicht mehr weiter gehen!“ ruft Herr Dahn im „Landboten“, dem Organ des Kreises Karlsbad, vom 18. Juni aus und folgert aus seinen Betrachtungen:

„Angesichts solcher Verhältnisse ist es kein Wunder, wenn in den Kongressen unserer Partei, die seit 6 Jahren die Last der Mitarbeit und daher Mitverantwortung für all das trägt, was in diesem Staate geschieht, mit wachsender Erbitterung die Frage erörtert wird, ob unter solchen Umständen für den B. d. L. ein Verbleiben in der Regierung noch einen Zweck hat und für die Partei ratsam ist, denn diese Mitarbeit hat selbstverständlich auch ihre Grenzen. Die gegenwärtige Basis der Koalition ist viel zu breit, der Einfluß der Sozialisten viel zu stark, um in wirtschaftlicher Beziehung jene Maßnahmen treffen zu können, die Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft sind, während in nationaler Beziehung der Chauvinismus gerade in jener Partei am stärksten vertreten ist, als deren Bundesgenossen wir gelten. Unter solchen Ver-

hältnissen verliert die Mitarbeit des B. d. L. in der Regierung ihren Sinn und die Führung unserer Partei wird gut tun, die Stimmung der Landbevölkerung zu berücksichtigen, die es einfach sagt, immer wieder mit schönen Worten abgepeilt zu werden, dabei aber immer tiefer ins Elend zu rutschen und dazu auch noch in nationaler Beziehung auf jede Art und Weise kapitalisiert zu werden.“

Die „Scholle“, das landbündlerische Organ Ostböhmens, bringt in ihrer Nummer vom 25. Juni unter dem Titel „Alles hat seine Grenzen“ eine Erklärung, die in demselben Sinn gehalten ist. Man jammert furchtbar über die schlechten Verhältnisse und die nichtentsprechende Unterstützung der Landwirtschaft. Man bekennt den „schweren Schützengrabenkrieg“, den die landbündlerischen Abgeordneten und Senatoren unter Führung des Ministers Spina zu bestehen hatten und die dabei selbst auf ihr Ansehen verzichteten, das dadurch verloren ging, daß sie als Regierungspartei nicht gegen alles laut genug schreien konnten. Die „Scholle“ leitet daraus folgende Konsequenzen ab:

„Niemand kann ihnen mehr zumuten, daß sie in dieser Lage für immer ausharren. Der B. d. L., dessen Reichsparteivertretung in den kommenden Wochen zusammentritt, wird vor sehr ernste Fragen gestellt werden. Es leuchtet wohl ein, daß es auch durch einen Regierungsverzicht nicht besser werden wird. Vielleicht werden sich die Wahlen sogar freuen, weil sie dann wieder ganz unter sich tun und treiben können, was sie wollen, ohne auch nur im geringsten dabei von den Deutschen gestört zu werden. Es entspricht auch nicht dem Intention des Landvolkes, nur mit Worten Politik zu machen und wieder mit den papierernen Protesten von damals heranzuzufahren. Und doch muß die Frage einer neuen Opposition erwogen werden. Die Parteimitglieder werden eben prüfen müssen, welches Uebel das kleinere und was zu tun ist, um das deutsche Landvolk vor schweren Erschütterungen zu bewahren und die Kraft seiner gewählten Vertreter so oder so wirksamer zu machen.“

Daraus geht klar hervor, daß man in den Landbündlerkreisen zur Ansicht gekommen ist, daß es besser sei, die Regierung zu verlassen, um als Oppositionspartei mehr Bewegungsfreiheit zu haben, um womöglich den lautereren Schreier, die Dalkreuzler, die ihnen sehr doch manche Sorge bereiten mögen, noch übertrumpfen zu können. Ob damit der Landwirtschaft zu helfen ist, ist eine andere Frage.

Vom Ansehen der Demokratie.

Die Demokratie steht heute, das ist leider nicht zu bezweifeln, bei breiten Massen der Bevölkerung in keinem guten Ansehen. Warum? Die finanzkapitalistische Großbourgeoisie, deren Herrschaftstellung längst erschüttert wäre, hätte die Demokratie bei uns niemals richtig funktionieren lassen, wenn sie nicht in ihr Gegenteil verkehrt worden durch Korruption, Profiteurewirtschaft und Bürokratie — die Bourgeoisie und ihre sozialistischen Trabanten haben es vorzüglich verstanden, vor den Augen ihres Anhangs und den Lesern ihrer Presse das Ansehen der Demokratie gründlich zu desavouieren. Sie haben es verstanden, für alles Elend, das bei uns und anderswo herrscht, die Demokratie verantwortlich zu machen, die Demokratie, deren einzige Schuld ihre Schwäche gegen den Faschismus ist, der heute die letzte Stütze des verbrecherischen, an allem Elend schuldigen kapitalistischen Systems darstellt.

Die Demokratie steht auch hierzulande in keinem guten Ansehen. Wie sollte sie das auch, da doch gerade jene Institution, die zu ihrer verfassungsmäßigen Däterin berufen ist, das Innenministerium, nichts tut, was das Ansehen der Demokratie nicht herabsetzen müßte, und was noch schlimmer ist, alles tut, was geeignet erscheint, die Demokratie de facto abzuschaffen. So mag beispielsweise die Auflösung des kommunistischen Jugendverbandes, wie wir schon festgestellt haben, praktisch nichts anderes sein als ein Schutz ins Leere. Denn das Auflösen ihres Jugendverbandes haben die Kommunisten selbst längst und viel gründlicher besorgt, als es die Polizei jemals zustande brachte. Politisch gesehen aber bedeutet dieser Akt nichts anderes als einen weiteren Fortschritt auf dem Wege, den staatlichen Gewaltapparat im Sinne der ihn beherrschenden Reaktionspartei der Reaktion auszuliefern.

Die hungernden Massen rufen nach Brot und Arbeit. Die „Republikaner“, die „Lafayette“, die „Patrioten“ kümmern das wenig. Ihnen liegt das Wohl des „Vaterlandes“ sozusagen „stagnant“ auf, ihnen liegt nur daran, die Ausbeutung seiner Bewohner in „Ruhe und Ordnung“ vollziehen zu können. Das Schredliche dabei ist, daß für diese „Ruhe und Ordnung“ nicht nur mit Schüssen ins Leere gefogert wird, sondern daß auch nur all zu oft mancher scharfe Schuß ins Volle, ins volle, von Leiden und Entbehrungen übervolles, Arbeiterleben abgefuehrt wird. Ein Streik, bei dem die Sicherheitsorgane in die um ihre nackte Existenz kämpfenden Proleten nicht hineinschießen oder sie zumindest mit dem Scheitern unserer Zeit, dem Gummiknäuel, zur „Ordnung“ ermahnen und zur „Ruhe“ bringen — ein solcher Streik kommt bei uns fast überhaupt nicht mehr vor. In Böhmen und in Karpatenrußland, in der Slowakei und in Mähren-Schlesien, überall ist in den letzten Monaten Arbeiterblut geflossen. Auch zu Zeiten des alten Oesterreich wurde manchmal in Streikende oder Demonstrierende geschossen, aber was geschah da immer? Das Parlament zog den für das Sicherheitswesen verantwortlichen Minister unmissverständlich zur Verantwortung, mochte er sich noch so sehr auf den berühmten „Uebergreif“ der noch berühmteren „untergeordneten Organe“ berufen. Und heute? Man hat noch nie gehört, daß bei uns eine im Dienstwege begangene schwere Körperverletzung oder gar Tötung ihrer gerechte Sühne gefunden hätte. Nicht einmal disziplinarische Strafen setzt es, wenn es „nur“ Proletarier sind, die erschossen werden. Der Innenminister deckt alle Untaten seiner Schergen

und seine eigene Stellung ist nach jedem Blutbad gefestigt als vorher.

In unserem „demokratischen“ Staate ist es nicht dasselbe, wenn zwei dasselbe tun, sofern der eine die Uniform, der andere aber die Fäden trägt, mit denen sich der Arbeitslose begnügen muß. In unserer Republik dürfen überführte Korruptionisten frei herumlaufen und fahren. Sie dürfen in ihrer Ständepresse gegen die Minderheiten und die sozialistische Arbeiterschaft hetzen, aber kein Staatsanwalt findet sich, der sie wegen dieser fortgesetzten Verbrechen gegen das Schutzgesetz zur Verantwortung ziehen würde. Wenn aber junge Menschen, die von ihrer Jugend, von ihrem Leben, dank der vorzüglichen Ordnung, die der Herr Innenminister unter allen Umständen zu schützen entschlossen ist, noch nichts gehabt haben als Hunger und Elend, wenn diese jungen Menschen andere Gefänge anstimmen, als die Staatshymnen und „Aeb“ immer Treu und Redlichkeit“, dann wird gegen sie die Gendarmerie und die Justiz mobilisiert, gegen sie, die niemals imstande wären, dem Staat auch nur annähernd so viel Schaden zuzufügen, als ihm durch die tägliche Praxis der „Staatsbehaltenden“ täglich zugefügt wird.

Die Forderung nach wahrer Demokratie ist heute, da der von der Hochfinanz und der Schwerindustrie abhängige Faschismus überall datan geht, die Demokratie vollends zu zerstören, mehr denn je eine revolutionäre Klassenkampforderung. Mögen unsere sozialistischen Genossen alles tun, allen Ungeist, dessen sie fähig sind, gegen uns zu mobilisieren, unter Kampf mit stets der Kampf des Geistes, der revolutionären Idee gegen die rohe Gewalt sein. Diejenigen, die die rohe Gewalt gegen die Arbeiterklasse handhaben, mögen sich aber nicht einbilden, daß die Arbeiterklasse, wenn man ihr den demokratischen Kampfboden entzieht, nicht imstande sei, der reaktionären Gewalt ihre revolutionäre entgegen zu setzen. Die Arbeiterklasse ist mit den Habsburgern fertig geworden, sie wird auch die Zionbau- und Reaktionsbarone zu schlagen wissen.

Nazis als Kleinbauernretter.

Der Herr Krebs zieht mit seinen Gehilfen fleißig in die Landgemeinden, um die Heilslehre des nationalen Sozialismus auch in den Dörfern zu verbreiten und tatsächlich tun die Nazi so, als ob in der Gadenfeste des nationalen Sozialismus ein ganzes Viertel Zeug für die Kleinbauern reserviert wäre.

Im Landwirtschaftsausschuß des preussischen Landtages haben die elf darin vertretenen Nazis am 7. d. M. bewiesen, wie sie sich die Hilfe für die kleinen Landwirte vorstellen.

Von den Sozialdemokraten war ein Antrag eingebracht worden, in welchem die Staatsregierung ersucht wird, dahin zu wirken, daß eine den Verhältnissen entsprechende Pachtermäßigung für kleine und mittlere Pächter von landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundstücken durchgeführt wird.

Diesen Antrag lehnten die Nazis ab und stimmten für einen Antrag, nach welchem alle Pächter, also auch jene von Meierhöfen und Rittergütern eine Pachtermäßigung erhalten.

Bei einer Partei der Prinzen, Barone, Junker und Generale ist das aber nicht weiter verwunderlich.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Dann will ich gedehnt zurückkehren in den Beschluß zum Aufstieg. Werden Sie mich entschuldigen? Ihre Abwesenheit ist meine einzige Gefahr. Es wird so unheimlich viel gehakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer um kleiner Achtlosigkeiten willen. O, dürfte ich Sie bitten, nicht achlos gegen mich zu sein; mein inneres Geschick, es liegt jenseit in Ihrer Hand. — Heinz Wagner geht zur Tür und ruft den Onkel. Nichts geschieht ohne des Onkels Rat und Einwilligung. In ihm ehrt Heinz Wagner Vater und Arbeitsgefährten des verstorbenen Vaters. Und selbst, wo er fühlt, daß das Tempo des Alternen, in beengter Vergangenheit Stiegegediebene seine wagemutige Jugend hemmt, gibt er Wertvolles preis aus dem und obigen Willen zu dankbarer Verehrung heraus. Der Versuch führt die Last der schwerfälligen Hand, die, allzu überzeugt von der Wucht ihrer Bedeutung, erschrocken, was neu ist, und festhält, was im Strom überholter Vergangenheit längst dahingeschwommen wäre.

Der Korbhelfer achtet, als der schwere Körper sich hineindrückt. Ganz langsam spricht Ludwig Wagner. Ich werde ein demütiges, winziges Erdengeschöpf unter der Hochschamfer Wohlverwahrer Rede, deren neugierige Weisheit mir vielleicht deshalb nicht aufgeht, weil ich zu sehr zusammenkrumpe.

Auch Ludwig Wagners Stimme klingt gütig. Aber es ist die erdrückende Güte eines Papstes über dem zerkrümelten Sünden.

Er wagt nicht und nicht.

Heinz Wagner darf mich engagieren.

Nach viermonatiger Arbeitslosigkeit wieder hinter der Schreibmaschine!

Heinz Wagner spricht freundlich auf mich ein. Fräulein Lause trägt eifrig Briefbogen, Durchschlagpapier, Umschläge und Schreibstifte herbei.

Auch bin ich geschäftig, hebe den Goldedel von der Schreibmaschine, sage „ja, Herr Wagner“, danke, Fräulein Lause“. Niemand bemerkt, daß meine Hände bebden.

Ich höre nichts mehr vom Sprechen der andern.

Ich ziehe das Buchstabenverdeck zurück und die Schreibmaschine blüht mich an.

An meiner Bewegtheit erwecke ich zum ersten Male die tiefe Beziehung des Arbeitenden zu seinem Handwerkszeug, durch das er überhaupt erst zu wirken vermag, diese stillschweigende, tiefinnerliche Kameradschaftlichkeit, härter als manche Bindung von Mensch zu Mensch.

Wie ist mir eine Schreibmaschine totet Objekt gewesen, immer schon, von Anfang an unlagbar lebendige Wesenheit.

Freundin die erste, an der ich aufgeregter hämperte, bößartig hämisch, voller Lüge und Hinterlist, ein vorfinstliches System. Mit der rauhen, schwingungslosen Stimme minderwertigen Materials verdrückte sie meine angepannten Nerven.

Unter den Schreibmaschinen gibt es keine lebende Mädchen, die laufen wie Viegel, geschäftige treue Tanten, niemals verdrossen, allzeit hilfsbereit, und alle Großmütter, die sich schzend vorwärtsreiben lassen.

Dies hier ist eine volle Entzückung darauf nieder. Ist eine Aristokratin, blühend das Hebelwerk, von gediegener Feinheit die Tastatur, leichtester Anschlag genügt. Die Perlenkette reißt sich die Buchstaben auf dem Papier. Hell und schwingend ist ihre Stimme. Mit lieblichem Glorionen melde sie das Ende der Zeile.

Geschwinde, geschwinde

Vom Fenster her tönt das eilige Rauschen von Fräulein Lause Maschine. Frau n. Bartels schreibt in kurz abgerissenen Sätzen. Rhythmus,

Rhythmus, Prasseln der Typen, Säusen hin- und herdrehender Wagen, Summen, Surren, Schnarren von Rädern und Rädchen.

Hör dich wieder, Lied meiner Arbeit? Schicksalslied du von Millionen rings um den Erdball?

Du bist kein Lied der leichten Freude, du bist Stimme furchtbaren Ernstes. Lied derer, die sich bilden müssen, tief, tief beugen unter das Joch einer unerträglich vorwärtsstürmenden Zeit. Tempo, Tempo, schneller, schneller.

Der Mensch strömt keine Kraft hinein in die Maschine. Die Maschine, das ist er selbst, sein äußerstes Können, seine äußerste Sammlung und letzte Anspannung. Und er selbst, er ist Maschine, ist Hebel, ist Last, ist Typo und schwirrender Bogen.

Nicht denken, nicht sich besinnen, weiter, weiter, geschwinde, geschwinde, tipp, tipp, tipp-tipp-tipp-tipp

Im Kopf beginnt ein kleiner Schwindel zu kreisen.

Geschwindigkeit ist Rausch und Rausch ist Hingereiftheit.

Da beginnen die Muskeln im Nacken sich Schmerzhaft zu spannen. Die Kraft der Arme erschlägt, die Verkrampfung der inneren Anspannung bricht sich auseinander.

Tief atmeholend schau ich auf.

Stapel erlöschter Post türmen sich zu meiner Linken, Stapel der unerledigten zu meiner Rechten.

Acht Stunden hat der Arbeitstag, die Hälfte ist erst vergangen.

Also weiter, geschwinde, geschwinde.

Heinz Wagner führt mich durch den Betrieb. Ich werde meine Frachtbriele gewiß nicht laubender schreiben, wenn ich weiß, wie das Rehl verarbeitet wird das in Jentnerwäden zum Versand in die ganze Welt täglich auf hochbedeckten Bogen nach der Bahn gerollt wird.

Aber jeder Angestellte soll teilhaben am Ganzen. Im kleinsten Rädchen soll der Rhythmus der großen Maschine sein. Er will einem jeden, der bei ihm arbeitet, Gelegenheit geben, aus dem Schotter des gewaltigen Zusammenflusses Stolz und Liebe für seinen kleinen Arbeitsanteil zu gewinnen.

Ich weiß, ihm ist bei diesem Bemühen mehr Stumpfsinn als Verständnis begegnet. Er hat sich nicht ermutigen lassen, der Pflicht gewiß, Arbeitsmüden heranziehen zu müssen und nicht blindzueinander Menschenmaschinen. So erklärt er jedem Neuling den Werdegang, der sich abspielt zwischen diesen eilenden Rädern und siedenden Kesseln, den drohenden Walzen und Sähen. Er leitet mit mir bis in die fernsten Lager Räume. Ich muß die Stadien der Rehlverwandlung schmecken, riechen, fühlen, leben. Meine Fragen können ihn nicht ermüden, meine Begeisterung findet in ihm selbst einen fröhlichen Widerhall.

Er hat eine lede Rüge auf dem Ohr und ist weißgeputzt von Rehlstaub. Seine Stimme durchdringt frohlich den Lärm der Maschinen. Ich erstehe mich an ihrem hellen, klingenden Laut. Rausch und Wirbel der eilenden Gerüche hat mich gepackt. Ein Juchzen überlaut mich im Jühen und Brodeln, im Kreisen und Schlagen. Dämmern, Tröhnen und Stampfen aller Räume.

Salbnachte Gestalten stehen rot im Flammenchein der mächtigen Feien, andere weiß überputzt zwischen den Regimenten proßgefälliger Rehlfläde. Da sind junge Arme, die kräftig zu packen und alle Geschick, die bedächtig ihre Verantwortung wagen. Aller Augen strahlen kurz auf, wenn Heinz Wagner sie grüßt.

Für jeden hat er ein munteres Wort, eine kleine freundliche Mahnung.

In der Halle, in denen die Potentmaschinen laufen, bleibt er stehen und lauscht.

(Fortsetzung folgt.)

Hakenkreuz in Wort und Tat!

„Am dieser unglücklichen Opfer einer durch und durch verfehlten Staatspolitik willen, darf an den an sich jammervollen Sagen der Erwerbslosen nicht gerüttelt werden.“

So lesen wir in der ersten parteiamtlichen Grundgedung Kapitel „Arbeitslosenunterstützungen und Versicherung“, Seite 17, letzter Absatz, in dem von Gottfried Feder verfaßten Parteiprogramm der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland. Die bestimmte Form, in welcher erklärt wird, daß an den ohnehin jammervollen Sagen der Erwerbslosen nicht gerüttelt werden darf, müßte an und für sich schon bei jedem politisch ernsten Menschen den Glauben hervorrufen, daß hier einer der ersten Grundzüge einer politischen Partei niedergelegt ist, den zu mißachten gleichbedeutend mit der Preisgabe des Bodens, auf dem von dieser Partei aus, um die Waffe der Menschen gerungen wird.

Rund aber ist in Deutschland Papen-Schleicher zur Regierung gelangt. Eine Regierung, die unmöglich wäre, wenn sie nicht von den Hakenkreuzlern vorgeschoben und unterstützt würde. Sie hat als erstes Werk durch eine Notverordnung, die im Parteiprogramm der Nationalsozialisten Deutschlands „als jammervolle Unterstützung der Erwerbslosen“, bezeichnete Arbeitslosenunterstützung in einer Weise gekürzt, daß die Zukunft der sechs Millionen reichsdeutscher Arbeitsloser eine sehr trostlose zu werden verspricht. Die Ersparnisse, welche die Regierung Papen durch den Abbau der Arbeitslosenunterstützung durchführt, soll insgesamt 520 Millionen Reich betragen. In Wirklichkeit wird das Ersparnis, die an den „jammervollen Sagen der Erwerbslosen“ vorgenommen wird, noch weit größer sein. Vorläufig weiß man aus den Mitteilungen der sozialdemokratischen Presse Deutschlands, daß die Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenversicherung um 23 Prozent gesenkt werden und daß nach sechswochiger Bezugsdauer der Unterstützung die Hilfsbedürftigkeitsprüfung an dem Unterstützungsempfänger vorgenommen wird. Bei der Krisenfürsorge ist die Hilfsbedürftigkeitsprüfung obligatorisch eingeführt und selbst dann, wenn ein Erwerbsloser die Prüfung besteht, d. h., daß festgestellt wird, daß er völlig mittellos ist, bekommt er nach der neuen Notverordnung eine Unterstützung, die um zehn Prozent geringer ist als sie vorher war. Bei der Wohlfahrtsunterstützung, das ist die Unterstützung, die die Arbeitslosen in den Gemeinden erhalten, gelten nunmehr die um 15 Prozent gesenkten Sätze der Krisenfürsorge, als Höchstleistungen.

Wenn man weiß, daß für die Krisenfürsorge ungefähr zwei Millionen, für die Wohlfahrtsfürsorge circa 2.150.000 Arbeitslose in Betracht kommen, dann erst erkennt man wie schrecklich sich der Abbau der Arbeitslosenunterstützung in Deutschland auswirken wird. Man stelle sich doch vor, daß die Sätze nunmehr um fast 25, 20 und 15 Prozent gekürzt werden, daß damit das ohnehin lärgliche Einkommen der Erwerbslosen in hunderttausenden Fällen um ein Viertel gegenüber dem früheren Stande gekürzt wird, um zu dem Schluß zu kommen, daß ein größeres Verbrechen, als das durch die Regierung Papen-Schleicher, an den Arbeitslosen verübt, nicht vorgenommen werden konnte. Das Ersparnis bei diesem Attentat auf hungernde Menschen; trotz der programmatischen Erklärung, die vor aller Welt abgegeben wurde, rühren sich die Nationalsozialisten nicht um ihrerseits zu protestieren, weil an den „jammervollen Sagen der Erwerbslosen gerüttelt wurde.“ im Gegenteil, sie schweigen, wo sie nicht auch diese Tat der Offiziersregierung rechtfertigen.

Es brauchte zur Charakterisierung der Hakenkreuzler nichts mehr. Sie sind durch ihre Haltung zu dem Raub an der Unterstützung der Arbeitslosen dauernd gekennzeichnet. Sie wären es auch dann, wenn sie in ihrem Parteiprogramm in weniger bestimmter Form niedergelegt hätten, daß sie sich dieser „unglücklichen Opfer einer verfehlten Staatspolitik“ annehmen werden und verhindern wollen, daß sie in ihren Rechten gekürzt werden. Denn eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, sie muß, wenn sie nicht alles Ansehen und den Boden bei der Arbeiterschaft selbst verlieren will, in irgend einer Form gegen den ersten Versuch, die Lebenslage der Erwerbslosen weiter herabzudrücken, Stellung nehmen. Die Nationalsozialisten Deutschlands tun dies nicht, sie nehmen den Schandakt der reaktionären Regierung, den sie an den Arbeitslosen vollbringt, zur Kenntnis, sie haben diese Regierung und sind deshalb mit verantwortlich in vollem Ausmaß an dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

Wir sagen nicht, daß sie deshalb Verrat an den Interessen der Arbeiter begehen, die zu verteidigen sie auch noch heute vorgeben. Wir haben sie nie als eine Partei der Arbeiter anerkannt, haben ihre Phrasen, die sie gebrauchten, um die Seelen der Arbeiter einzufangen, nie ernst genommen. Aber daß sie einen programmatischen Vortritt begehren, bei der ersten Gelegenheit, bei der sie zeigen müßten, daß sie auch die breiten Massen zu schätzen wissen, das kennzeichnet die Garde der Schwerindustrie, die Schrittmacher der Hohenzollern, wohl am besten. Zeigt sie dem Proletariat so wie sie in Wirklichkeit sind, als die größten Feinde der Arbeiterklasse, als ein Heer von bezahlten kapitalistischen Reifigen, die niederzuringen, mit allen Mitteln die uns bleiben, Lebensnotwendigkeit und Lebensaufgabe unserer Bewegung ist.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale:

Für Hoovers Abrüstungsantrag

Der erste Schritt. — Schärfster Druck auf die Regierungen.

Zürich, 25. Juni. (Eigenbericht.) Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale veröffentlicht folgende Rundgebung:

Die Vorschläge der Vereinigten Staaten haben der Abrüstungskonferenz, die in den technischen Diskussionen zu verhandeln drohte, die Möglichkeit eröffnet, aus der Sackgasse herauszukommen.

Die Abrüstungskonferenz steht vor entscheidenden Beschlüssen. Die amerikanischen Vorschläge sind keine erschöpfende und daher in allen Punkten befriedigende Lösung des Problems, vor dem die Abrüstungskonferenz steht. Sie bedürfen in wichtigen Punkten der Ergänzung, so durch eine weitgehende Herabsetzung der Militärbudgets, das Verbot der privaten Herstellung und des privaten Handels mit Waffen und Munition, eine strenge internationale Kontrollorganisation, ein internationales Statut der Zivil-Flugschiffahrt.

Die Annahme der amerikanischen Vorschläge würde nur den ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung, eine Herabsetzung der Rüstungen bedeuten. Aber eine Zurückweisung der amerikanischen Vorschläge würde die Hoff-

nung auf ein Gelingen der Abrüstungskonferenz zerstören.

Die europäischen Regierungen mit der Verantwortung beladen, die zur Lösung aller dringlichen Probleme unentbehrliche Mitarbeit der Vereinigten Staaten und die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise zu gefährden.

Es gilt daher, in diesen entscheidenden Tagen die Regierungen aller Länder zu zwingen, die Möglichkeit ernsthafter Fortschritte der Abrüstungskonferenz nicht zu zerstören.

Es gilt, alle Kraft einzusetzen, um den Widerstand der offenen und versteckten Feinde der Abrüstung zu brechen.

Das Büro vertraut darauf, daß die Arbeiterparteien aller Länder die Bedeutung des Augenblicks erkennen, überall sofort energische Aktionen einleiten, um für ihre Forderungen nach Abrüstung und Frieden zu demonstrieren und auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, damit der gegenwärtige kritische Moment zur Durchsetzung ernsthafter Abrüstungsmaßnahmen ausgenützt werde.

Wiederaufnahme des Strübrny-Prozesses

vor dem Iglauer Kreisgericht.

Brünn, 25. Juni. Heute um 18 Uhr abends verkündete der Präsident des Obersten Gerichtes, Dr. Fajnor, die Entscheidung des Obersten Gerichtes in der bekannten Causa Georg Strübrny und Franz Schirovsky.

Das Oberste Gericht erkannte über die Nichtigkeitsbeschwerde des öffentlichen Anklägers bezüglich des Urteiles des Kreisgerichtes in Prag vom 4. Jänner 1932, durch das die Angeklagten Georg Strübrny und Franz Schirovsky von der Anklage des Verbrechens des Betruges und der falschen Zeugenaussage freigesprochen wurden, folgendermaßen zu Recht:

Der Nichtigkeitsbeschwerde der Staatsanwaltschaft wird stattgegeben, sofern sie

sich auf den Freispruch in Angelegenheit der falschen Zeugenaussage der Angeklagten Georg Strübrny und Franz Schirovsky bezieht. Die Angelegenheit wird dem Kreisgericht in Iglau zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung zugewiesen. Demgegenüber gibt das Oberste Gericht der Nichtigkeitsbeschwerde bezüglich der falschen Zeugenaussage Strübrnys und Schirovskys im Verfahren des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nicht statt.

Darauf trug Präsident Dr. Fajnor mündlich eine ausföhrliche Begründung des Urteiles vor. Zu der Urteilsverkündung hatte sich im Gerichtssaal ein zahlreiches Publikum eingefunden.

Abkommen mit Deutschland

über wechselseitige soziale Fürsorge.

Prag, 25. Juni. Zwischen den Vertretern der Tschechoslowakischen Republik und des Deutschen Reiches fanden vom 20. bis 24. Juni in Prag Verhandlungen über die gegenwärtige soziale Fürsorge für die wohnenden Angehörigen eines Staates auf dem Gebiete des anderen statt. Die beiden Delegationen einigten sich auf eine Regelung, welche sie ihren Regierungen empfehlen werden.

Vom 14. bis 23. d. M. fanden im Fürsorgeministerium in Prag Beratungen mit einer polnischen Delegation zwecks Abschlußes einer gegenseitigen Vereinbarung über die Sozialversicherung statt. Es wurde eine Einigung erzielt, daß die vorbereitete Vereinbarung auf den Grundätzen der Rechtsgleichheit der Bürger beider Vertragsstaaten sowohl rüchlich der Versicherungseinrichtungen als auch hinsichtlich der gegenseitigen Einrechnung der in beiden Staaten erworbenen Versicherungszeit zu beruhen hat. Die Beratungen werden in kurzer Zeit in Warschau fortgesetzt werden.

Zur Novellierung der Pensionsversicherung.

Am Dienstag fand, wie erst heute bekannt gegeben wird, eine Sitzung des Komitees zur Novellierung der Pensionsversicherung statt. Die Sitzung beschäftigte sich mit der ersten Lesung des von der Zentralsozialversicherungsanstalt und der Allgemeinen Pensionsanstalt ausgearbeiteten Gesetzentwurfes, der die Ansprüche der Versicherer in Rolle des Austrittes aus der Versicherung regelt. Nach dem bisher geltenden Recht wird bei Uebertritt zu einem anderen Pensionsinstitut nur die sogenannte Prämienreserve überführt, was gewöhnlich zu einer schweren Schädigung der früher bei der allgemeinen Pensionsanstalt Versicherten führt. Der Entwurf führt den Grundsat ein, daß der Rentenanspruch des betreffenden Versicherten erst beim Eintritt des Versicherungsfalles festgesetzt wird und zwar so, daß auf die bei allen Trägern der Versicherung getragene Versicherung Rücksicht genommen wird. Dieser Vorgang würde gegenüber dem heutigen Stande für die Versicherer einen sehr großen Vorteil bedeuten. Die damit verbundenen höheren Auslagen wolle die Träger der Versicherung aus eigenem tropen.

Die Geschwörung des Entwurfes würde eine grundlegende Verbesserung der Situation namentlich jener Versicherten bedeuten, die von der Allgemeinen Pensionsanstalt, also von der Angestelltenversicherung, in die Arbeiterversicherung übertreten, weil ihnen dann die aus der Angestelltenversicherung ersiehenden höheren Ansprüche gewahrt blieben.

Das offizielle Kommuniqué versichert fernex, daß in dem Gesetzentwurf von dem Ausschussbeitrag überhaupt nicht die Rede ist, jedoch die Meldungen über seine Streichung jeder

Grundlage entbehren. Auch hinsichtlich des sogenannten Anerkennungsbeitrages wurde kein Beschluß gefaßt, sondern es wurde die Anregung beider Institute, die heutige unrationelle Form dieses Beitrages in Zukunft durch eine beträchtliche und unentgeltliche Verlängerung der Schutzfrist zu ersetzen, den Gewerkschaftsorganisationen zur Äußerung überwie-

Nach einem Bericht der Verwaltungskommission der allgemeinen Pensionsanstalt betrug die Zahl der bei diesem Institut versicherten Angestellten am 1. Juni d. J. 332.668, die Zahl der Mitglieder aus den Kreisen der Arbeitgeber 70.246. Es wurde u. a. auch konstatiert, daß alle für Anleihen freien Mittel für das laufende Jahr erschöpft sind, sodah weitere Anleihen nicht bewilligt werden können. Die Bewilligung von Anleihen für das Jahr 1933 kann erst im Herbst dieses Jahres in Erwägung gezogen werden.

„Bischöfe der nationalen Feigheit.“

Unter diesem bezeichnenden Titel schreibt der Redakteur des „Narodni Spoharani“ Osvald einen Leitartikel in dem genannten Blatte, in welchem er in mutiger Weise gegen den gerade jetzt aufsteigenden nationalen Chauvinismus in Prag Stellung nimmt. Zunächst ironisiert er die Ansichten der Nationalisten:

„Es ist ja so, wie es im alten Oesterreich war und wie es scheint noch ärger. Nur deutsch und nur deutsch. Prag — das ist Berlin. Die Deutschen in Prag noch prächtiger als in Berlin. Nicht einmal unter der österreichischen Knechtschaft, ja nicht einmal in der Zeit der Kriegsverfolgungen der letzten Sabsburger gab es in Prag so viel provokatives Deutschsprechen wie im vierzehnten Jahre unserer nationalen Selbständigkeit. Der Nationalismus ist auf den Hund gekommen, die Patrioten sind verachtet, die Patrioten sind zum Lachen.“ Was ist das? Einige Sätze, die zufällig nationalistischen Zeitungen eines Tage entnommen sind; einige Sätze welche die nationaldemokratischen Blätter mit den Vätern des „Patrioten“ Strübrny und der nicht weniger patriotischen Fasisten auf eine Linie des Unsinns und des nationalen Schreckens gebracht haben. Einige Sätze von ungläublicher Naivität, welche über alle Maßen klar zeigen, daß eine Psychose nationaler Feigheit verbreitet und künstlerisch hervorgerufen wird gerade in jenen Kreisen, welche die Kühnheit haben, sich noch immer als die Repräsentanten eines angeblich wirklichen Patriotismus auszugeben.

Diese Stimmen von berufsübigen Panimachern müssen entschieden zurückgewiesen werden und das aus einigen wesentlichen und ersten Gründen. Vor allem darum, daß sie jeder realen Grundlage entbehren und sich als demagogische Lügen erweisen, wenn wir die Tatsachen betrachten. Es ist einfach lächerlich dieses herumreden feiger Menschen, daß es in Prag ärger als in Berlin ist, wenn jede Statistik uns sagt, daß der Prozentjah der deutschen Prager Bevölkerung

An alle Ortsgruppen des Sozialistischen Jugendverbandes!

Genossinnen und Genossen!

Die Kommunisten, deren Jugendorganisation schon seit Jahren nicht aktionsfähig ist, versuchen wieder einmal, ihre Jugendbewegung durch Seelenfängerei übelster Art aufzufrisken. Sie richten an alle Ortsgruppen des Sozialistischen Jugendverbandes Einheitsfrontangebote, die die Lösung dieser Ortsgruppen vom Sozialistischen Jugendverband und ihre Eingliederung in die kommunistische Bewegung zum Ziel haben.

Daß den Bolschewiken an einer wahren Einheitsfront nichts gelegen ist, beweist ihr Verhalten in Deutschland, wo sie in der Stunde schwerer Bedrohung der Arbeiterklasse ein Burgfriedensangebot der Sozialdemokraten höhnisch zurückgewiesen haben. Auch hierzulande ist eine Einheitsfront der Arbeitenden nur möglich von Organisation zu Organisation, nicht aber durch Manöver, die die Verschlingung der sozialdemokratischen Organisationen bezwecken.

Die „Einheitsfront über die Köpfe der Führer hinweg“ ist ein Betrugsversuch, der, schon oft unternommen, den Zusammenbruch der kommunistischen Jugendbewegung nicht zu verhindern und die Verbundenheit der sozialistischen Jugend mit ihrer Organisation und ihren selbstgewählten Führern nicht zu erschüttern vermochten.

Das neue Monöber der Kommunisten wird darum genau so wie die früheren an der Festigkeit und sozialistischen Schulung unserer Jugendgenossen scheitern. Die Kommunisten haben nur einmal „erfolgreiche“ Spaltungsarbeit geleistet. Was wir sozialistischen Jugendblinden nach ihrem beispiellosen Verbrechen an der Arbeiterjugendbewegung dieses Landes wieder aufbauten, das lassen wir uns durch keine Einheitsfrontbetrügereien wieder vernichten!

Wir fordern alle Funktionäre des Sozialistischen Jugendverbandes auf, die kommunistischen „Jugendführer“, die sich an unsere Ortsgruppenleistungen und an die Mitglieder anhängeln wollen, an die Verbandsleitung zu verweisen und die an die Ortsgruppen- oder Bezirksleitungen gerichteten Einladungen zu gemeinsamen Sitzungen und Aktionen im übrigen unbeantwortet zu lassen. Die Kommunisten schänden Spindel in unsere Organisationen. Seid auch vor diesen, die für die Einheitsfrontangebote Stimmung zu machen versuchen, auf der Hut!

Freundschaft!

Der Vollzugsausschuß des Sozialistischen Jugendverbandes.

keineswegs dem nationalen Charakter der Hauptstadt gefährlich ist und wenn wir wissen, daß Prag in seiner bisherigen Politik keineswegs die Rücksicht auf deutsche Auffrischen und auf irgendwelche Verpflichtungen aus dem Bereich der Minderheitsrechte übertrieben hat.

Zum Schluß wird noch darauf hingewiesen, daß eine solche Stimmungsmache keine anderen Wirkungen hat als Wasser auf die Mühlen der tschechischen und deutschen Fasisten zu treiben.

Sicherheit ist Berringerung der Rüstungen.

Jouhaux über den Hoover-Vorschlag.

Der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes Jouhaux nahm am Donnerstag auf dem Kongreß des Nationalverbandes der Eisenbahnergewerkschaften, der gegenwärtig in Paris tagt, folgendermaßen zu der Abrüstungsboikott Hoover's Stellung. „Präsident Hoover hat von neuem einen großen Stein in die Abrüstungsdebatte geworfen. Wir müssen jetzt mit den unnützen Reden Schluss machen und entschlossen den Weg greifbarer Lösungen beschreiten. Die Militärlasten müssen verringert werden. Werden wir zeigen, daß wir gegen die Abrüstung sind? Wenn die Vereinigten Staaten noch nicht in die Streichung der Kriegsschulden einwilligen, so geschieht das, weil wir unser Geld für neue Rüstungen ausgeben. Die Vorschlag Hoovers ist eine Plattform, die eine Diskussion verlangt. Wenn man sie nicht vollkommen annehmen kann, so kann man sie mit den französischen Tzelen vervollständigen vor allem in bezug auf die Internationalisierung der Handelsluftschiffahrt. Wir sind für die Sicherheit. Diese beruht in der Berringerung der Rüstungen und in der Zusammenarbeit zwischen den Völkern. Nichts Ernsthaftes und nichts Positives kann in dieser Frage außerhalb der internationalen Lösungen getan werden.“

Der Kongreß nahm die Erklärungen Jouhaux mit großem Verfall auf.

Die patriotischen Revolutionäre. Siams König wird konstitutionell.

Bangkok, 25. Juni. Der König von Siam hat die Bedingungen der provisorischen Regierung angenommen und wird so Oberhaupt der konstitutionellen Monarchie. Die Bevölkerung hat die Nachricht, daß der König diesen Bedingungen zugestimmt hat, mit großer Begeisterung aufgenommen.

Tagesneuigkeiten

Eine Waffenschmuggelaffäre in Weipert

Aus Weipert wird uns berichtet: Vor einigen Tagen haben die Organe des tschechoslowakischen Grenzüberwachungsdienstes im Zusammenhange mit einem großartigen Waffen- und Munitionsschmuggel nach einer in Weipert vorgenommenen Hausdurchsuchung die Verhaftung und Einlieferung zweier Personen ins Bezirksgericht veranlaßt. Es handelt sich um den bisher in Auffig beschäftigt gewesenen Büchsenmachergehilfen Lipfky aus Weipert und den gleichfalls in Weipert wohnhaften Schönmacher Heger, in dessen Wohnung die Schmuggelware zuzugr gefordert wurde. Vorgefunden wurden etwa 1700 scharfe Browningpatronen, eine größere Menge von Munitionszubehör (Zündhütchen, Pulver usw.) und neben einer österreichischen Steyrer-Pistole eine Anzahl von Brownings reichsdeutscher Herkunft. Heger ist den Zollbehörden seit längerer Zeit als Passier bekannt und wird daher ständig beobachtet. Da er sich in der letzten Zeit durch häufige Fahrten ins angrenzende Reich verdächtig gemacht hatte, wurde in seiner Wohnung überraschend eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei das Munitions- und Waffenlager vorgefunden wurde. Auch ein Verdacht von über 500 Reichsmark wurde bei ihm festgestellt; es handelt sich hier wahrscheinlich um Geld für weitere in Deutschland zu besorgende Einkäufe. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit wird fortgeführt, wobei die Erhebungen insbesondere in der Richtung gepflogen werden, ob und wo die Verhafteten Auftraggeber hatten.

Der Mörder des Wiener Schirmhändlers Wagner verhaftet.

Wien, 25. Juni. (R.) Die Polizei hat den Mörder des Schirmhändlers Wagner in der Person des 23jährigen Hilfsarbeiters Duschek aus Bösendorf bei Wien eruiert. Er wurde heute nachts verhaftet. Der Mörder leugnete zunächst, hat aber heute früh im Kreuzverhöre ein Geständnis abgelegt. Er führte in den Kreisen, in denen Wagner verkehrt hatte, den Spitznamen „Die Jungfrau“. Ob ein Sexualmord vorliegt, ist noch nicht ersichtlich. Duschek behauptet, daß er den Schirmhändler im Streite erschlagen habe. In der Wohnung Duscheks fand die Polizei einen Bordetrag von bloß 3 Schilling, eine Waduh und einen Schirm aus dem Geschäft des ermordeten Wagner. Die Lebensgefährtin Duscheks gibt an, daß Duschek gestern eine schwarz-weiß gestreifte Hose verbrannt habe.

Kohlenstaub + Naphtha

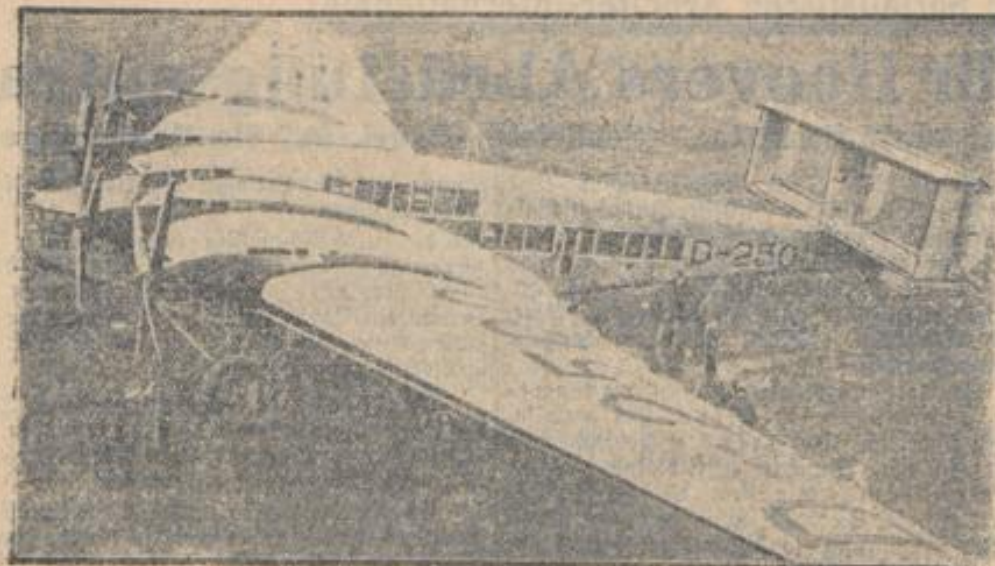
ergibt einen ausgezeichneten neuen Brennstoff.

London, 25. Juni. Der der Cunard Line gehörende Dampfer „Zenith“ berichtete heute auf radiotelegraphischem Wege, daß alle Erwartungen, die in den Erfolg bei Verwendung eines neuen Brennstoffes gesetzt wurden, überboten worden sind. Der Dampfer, der sich auf dem Wege nach New York befindet, führt als Teil seiner Brennstoffvorräte 150 Tonnen einer neuen Mischung von Petroleum mit Kohlenstaub. Diese neue Brennstoffmischung ist bereits ein Patent der Cunard-Gesellschaft. Sie ist das Ergebnis mehrjähriger Versuche und setzt sich etwa aus 40 Prozent Kohlenstaub und 60 Prozent Naphtha zusammen. Es wurde nachgewiesen, daß dieser neue Brennstoff technisch in gleicher Weise verwendet werden kann wie der übliche Naphthabrennstoff, und daß er in den üblichen Naphthaböden verbrannt werden kann.

Die Presse begrüßt das erfolgreiche Ergebnis dieser Versuche als neue Aussicht zur Lösung der Kohlenfrage in Großbritannien, da die Cunard-Gesellschaft allein jährlich etwa 1 Million Tonnen Naphthabrennstoff im Ausland kauft. Wenn aber jetzt dieser Brennstoff in dem befriedigten Verhältnis mit britischer Kohle gemischt wird, genügt es, bloß 600.000 Tonnen Naphtha im Ausland zu kaufen und es werden 400.000 Tonnen britische Kohle verwendet werden. Die Wichtigkeit der Versuche wurde von der Regierung erkannt und die Admiralität hat sie zusammen mit dem Handelsministerium mit allen Mitteln unterstützt.

Zum Militärflieger-Tod auf dem Flugplatz in Kbelch wird amtlich noch gemeldet: Die sofort an die Unfallstelle entsandte Kommission stellte laut Aussagen von Augenzeugen und laut Besichtigung der Trümmer des havariierten Apparates nachfolgendes fest: Bei der Durchführung von Übungsakrobazien in einer Höhe von etwa 1000 bis 1200 Metern oberhalb des Flugfeldes „Praha“, führte der Pilot Jugsführer Wilhelm Pohl eine Drehung nach links aus, aus welcher er dann in eine flache Schraubengerie — hierbei lag der Apparat am Rücken — die er nicht ganz nehmen konnte, und in flachem schraubartigen Flug stieg er mit dem Apparat gegen den Erdboden. Eine Rettung vermittelte des Fallschirmes verlor die der Pilot nicht, doch war er wahrscheinlich bis zum Aufschlagen des Apparates auf den Boden des vollen Bewußtseins. Diefür zeugt auch der Umstand, daß der Motor ausgeschaltet und die Benzinführung halb geschlossen war. Der Pilot hatte wahrscheinlich noch bis zum letzten Augenblicke an seiner und des Flugzeuges Rettung gearbeitet.

Arbeitslosigkeit treibt einen Greis in den Tod. Aus Weipert wird uns gemeldet: Angefichts der Arbeitslosigkeit, welcher regelrechte Arbeit und dadurch einen Erwerb zu finden, ist der hier wohnhafte verwitwete 73jährige Tischler



Das größte Landflugzeug der Welt

ist die jetzt fertiggestellte „J. 2000“ der Junkers-Werke, die in den nächsten Tagen in den regelmäßigen Passagierdienst Berlin-London eingestellt wird. Dieses Schwesterflugzeug der „J. 2000“ heißt zwei Stockwerke Passagierkabinen und eine Aussichtsplattform, von der aus die Gegend direkt auf die Landschaft unter sich sehen können. Die Maschine vermag im ganzen 31 Passagiere aufzunehmen.

Sensationelle Verhaftung eines Fälschers.

Dokumentenfälschungen im großen. — Ein Heller Zajiček?

In der Nacht auf Donnerstag wurde in der Gemeinde Barina bei Sillein eine sensationelle Verhaftung durchgeführt. Die „S. P. L.“ meldet, beobachtete die Gendarmerie bereits längere Zeit einen gewissen Jan Balachowicz, welcher erst vor einem Jahre aus Leopoldau, wo er eine schwere Verletzung wegen Scheckfälschungen erlitten hatte, entlassen worden war. Im Jahre 1922 hatte er mit Hilfe gefälschter Schecks die mährisch-slowakische Bank um 50.000 K und die Donau-Bank um 180.000 K betrogen. Balachowicz ist

ein gefährlicher internationaler Abenteurer, welcher hauptsächlich mit Fälschungen arbeitet. Aus diesem Grunde wurde er nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt von der Gendarmerie unter

Händiger Beobachtung

gestellt. Seitdem bekannt wurde, daß der Millionendefraudant Zajiček vor seiner Flucht in Sillein war, war die Bewachung Balachowicz eine besonders scharfe. Es wurde festgestellt, daß bei dem ehemaligen Sträfling viel verdächtige Personen verkehrten. In der Nacht auf Donnerstag wurde daher eine plötzliche Hausdurchsuchung vorgenommen, die ein überraschendes Ergebnis hatte. In dem Häuschen, welches er bewohnte, wurde eine große internationale Zentrale für Dokumentenfälschungen

entdeckt. Es wurden in großer Zahl amtliche und

Hermann Stoklow freiwillig aus dem Leben geschieden. Er wurde in seiner Wohnung am Freitag in den frühen Morgenstunden erhängt aufgehängt. Der Lebensmüde war seit langer Zeit arbeitslos und lebte im tiefsten Elend.

Nationalsozialistische Hochschule überall. An der Berliner Technischen Hochschule kam es am Freitag Mittag zu Zusammenstößen zwischen republikanischen und nationalsozialistischen Studenten. Die republikanischen Studenten hatten sich im Vestiböl der Hochschule zu einem Streikabend versammelt, nach dessen Beendigung sie sich mit dem Kampfruf „Links Front!“ verabschiedeten. Darauf drangen nationalsozialistische Stimmen auf die republikanischen Akademiker ein, die indessen sehr energisch gegen die braunen Roubies Front machten. Es kam zu erregten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Nazis einen Feuerwerkskörper warfen. Ein Ueberfallkommando stellte die Ruhe wieder her. Das Rektorat der Hochschule hat eine Untersuchung eingeleitet. Auch an der Berliner Handelshochschule kam es zu Exzessen des akademischen Nazi-Mobs.

Nach einer Verlogierung in Donauwörth (Steiermark), bei der auch die Gendarmerie intervenierte, sammelte sich vor dem betreffenden Wohnhaus eine große Menschenmenge an, die gegenüber der Gendarmerie eine drohende Haltung annahm und sie schließlich mit Steinen bewarf. Zwei Gendarmen wurden durch Steinwürfe verletzt. Nachdem alle Aufforderungen an die Menge, sich zu zerstreuen, erfolglos geblieben waren, lag sich die Gendarmerie gezwungen, mit der Waffe zu drohen, worauf sich die Menge zerstreute. In einer anderen StraÙe, die von der Gendarmerie nicht besetzt war, teilte sich wieder eine Menschenmenge zusammen, die jedoch an weiteren Ausschreitungen durch die herbeigeeilte Gendarmerie gehindert werden konnte.

„Goethe-Universität.“ Die Frankfurter Universität veranstaltete gestern eine Goethefeier, bei der bekanntgegeben wurde, daß die Frankfurter Universität fortan den Namen „Goethe-Universität“ führen werde.

Arbeitslose gegen Arbeitende... In Toulouse ist es am Donnerstags-Abend zu Arbeitslosenkundgebungen gegen eine russische Kapelle gekommen, die auf der Terrasse eines dortigen Cafés spielte. Etwa 1000 Arbeitslose, an deren Spitze einige geschäftigungslose Musiker standen, stürmten auf

Geschäftstempeln, Geschäftspapiere, verschiedene Dokumente usw. gefunden, so daß Balachowicz nicht einmal zu leugnen vermochte. Beim Verhör hielt er einen geradezu

wissenschaftlichen Vortrag über Fälschungen

und beendete ihn mit der Mitteilung, daß er mehrere Weltsprachen beherrsche und während seines Aufenthaltes in Amerika zur Elite der dortigen Verbrecher gehört habe. Mit der Fälschung von Schecks sei es nicht mehr, da die Kontrolle der Banken seit einiger Zeit zu scharf sei. Er habe sich also einem anderen Zweig zugewendet, welcher viel einträglicher sei.

Seine Klienten waren ausnahmslos Schwerverbrecher, welchen er für lautes Geld gefälschte Pässe, Heimatscheine, Rechnungen für gestohlene Ware usw. lieferte. Balachowicz rühmt sich, daß seine Spezialität die vollendete Fälschung von Grundbuchauszügen sei, mit deren Hilfe seine Auftraggeber Hypothekendarlehen aufnehmen. Er betriet, daß er in letzter Zeit an einem Millionenschwindel gearbeitet habe, welcher — hätte man ihn nicht verhaftet — ganz bestimmt eine Welt-sensation geworden wäre.

Die ganze Welt hätte so gelacht wie seinerzeit beim Streich des Hauptmanns Köpenick.

Auf die Frage, ob er auch Zajiček falsche Dokumente geliefert habe, kam eine ausweichende Antwort. Er verrate seine Auftraggeber nie.

die Terrasse mit dem Ruf: „Arbeit für französische Kasser!“ Es erglühete eine heftige Schlägerei, bei der mehrere Personen, darunter ein Kolner, schwer verletzt wurden.

Mit dem Zugus-Knubis nach Bregenz. Anlässlich der XII. Hauptversammlung der Naturfreunde-Internationale wird bei genügender Beteiligung eine Sonderfahrt unternommen. Ein Sammelplatz ist vorgesehen. Weitere Auskünfte und Sonderprospekte durch die Geschäftsstelle des FV „Die Naturfreunde“, Auffig, Marktplatz 11, Postfach 111.

Ein Kinderhändler verhaftet. Die Egerer Polizei nahm einen 33jährigen Mann namens Adolf Baudner fest, der seit längerer Zeit, ohne daß man seiner habhaft werden konnte, Zinnschleierverbrechen an kleinen Knaben und Mädchen beging. Der Unhold, der mit seinem Opfer konfrontiert wurde, ist durchaus gefählig.

Lebenslänglich für Landenbach. Der 42jährige ehemalige Betriebsangestellte des Wiener Landesstrafgerichtes Fr. Landenbach, der am 7. Dezember v. J. die 19jährige geschiedene Juliane Mahr ermordet und beraubt und am 1. Jänner 1932 in seiner Wohnung im X. Bezirk die 16jährige Köchin A. Huberl ermordet, beraubt und ihren Leichnam zerstückelt hat, wurde Samstag abends im Sinne der Auflage des Verbrechens des Weichselmordes in zwei Fällen für schuldig erkannt und zu lebenslänglicher Kerker verurteilt. Seine 33jährige Frau W. Landenbach wurde wegen Mithilfs zu anderthalb Jahren Kerker verurteilt.

Von der Hochschule für Frauenberufe. Oberleutnant Dr. Fr. Freytag für mittel- und hochschulische Familienkassen, der gewerblichen Lehrverhältnisse für Kleider- und Wäschearbeiten sowie des fünfmonatigen Kochkurses haben noch einige halbe und ganze Freiplätze zur Verfügung. Näheres durch die Direktion.

Der gestohlene Koptin-Orden. Einem Jumeiler in der Friedrichstraße ist der nur in einmaliger Ausführung vorhandene Koptin-Orden, ein Geschenk des früheren Joren Nikolai II. an Koptin, anscheinend durch einen Lohndiebstahl entwendet worden. Es wird angenommen, daß der Täter ein fanatischer Sammler, vielleicht auch ein Anhänger Koptins gewesen ist und unter den in Deutschland lebenden Russen zu suchen sein dürfte. Der Orden besteht aus einem Kreuz aus weißem Email mit goldenem Rand und einem mit Emblemen verzierten Mittelstück.

Vom Rundfunk

Empfehlenswerter aus den Programmen.

Montag.
Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 12.40: Schallplatten. 18.35: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Weiser: Kunstgeschichtliche Ausstellungsziele in unserer Heimat. 19.40: Völkerverständigung. 20.20: Klavierkonzert. 21.15: Konzert. — Wien: 18: Frauenfunk. 18.25: Deutsche Sendung: Kuffel: Wanderjahre im Adelsreise. — Berlin: 17.10: Ruffische Gesänge. 18.50: Kammermusik. — Breslau: 20: Theater. 21.10: Aus der alten Kiste. — Königsbrunn: 20: Europakonzert. — Langenbergr: 20: Das neue Gedicht in der Musik. — Leipzig: 18: Künstlergespräch. 19: Volksmusik. — München: 17: Orchesterkonzert. — Wien: 19.35: „Die Hochzeit des Figaro“ Oper von Mozart. 20.30: Langmusik.

Dienstag.
Prag: 6.15: Gymnastik. 11: Schallplatten. 12.40: Orchesterkonzert. 18.35: Deutsche Sendung: Völkerverständigung. 19.40: Spanische Völkerverständigung. 20.20: Mandolinen- und Gitarrenkonzert. — Berlin: 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Heinsch: Hilfsmittel für die Beurteilung der Marktverhältnisse des Getreides. 20: Humanitäre Völkerverständigung. 20.20: Völkerverständigung. 21.10: Kammermusik. — Leipzig: 19.30: Volksmusik. 21.10: Orchesterkonzert. — München: 19.05: Volksmusik. 21.10: Orchesterkonzert. — Wien: 15.20: Altschweizer Minnlied. 20.10: Volksweisen. 22.05: Konzert.

Prager deutsche Arbeiterkundung diesem Freitag statt Mittwoch. Das Radiojournal, deutsche Programmstelle, teilt mit, daß mit Rücksicht auf einige während der Hauptferienlichkeiten des Sozialfestes entfallende deutsche Sendungen folgendes Arrangement getroffen wurde: Die deutsche Kundung am Dienstag, den 5. Juli, findet programmgemäß in der normalen deutschen Kundungzeit statt. Die deutsche Arbeiterkundung vom 6. Juli wird auf den 8. Juli verlegt, zusammen mit dem an diesem Tage stattfindenden fünftägigen deutschen Kundungsprogramm, das bereits von 18.15 Uhr anfangs; am Freitag, den 15. Juli, von 19.30 abends an wird aus dem Stadttheater in Karlsbad die Operette „Blume von Hawaii“ gegeben.

Beim Feuertreiben abgestürzt. Samstag vormittag stürzte in der Hauptbahnhofsstraße in G. ein die Gattin eines Angestellten, Klara Werner, beim Feuertreiben ohne Sicherheitsgürtel 8 Meter tief ab. Die Frau blieb auf dem Betondecke eines nachbarlichen bewohnten in einer Wäsche liegen und erlag nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus den erlittenen äußeren und inneren Verletzungen. Die Frau befand sich in anderen Umständen und dürfte einen plötzlichen Schwächeanfall bekommen haben.

Aug und Auto. Ein Schnellauto, auf dem sich drei Personen und ein junger Esel befanden, wurde auf dem Wege nach Olomouk in Oberösterreich beim Ueberqueren eines Bahngeländes von einem Zuge erfasst und etwa 20 Meter weit mitgeschleift. Ein Mann und der Esel waren vom Auto abgeprungen und blieben unterlegt. Die zwei anderen Leute wurden vom Lokomotivführer sofort verlegt auf den Trümmern hervorgezogen und mit dem Zug ins Spital gebracht. — Ein Berliner Kraftwagen stieg in der Nähe von Cellerhof in Rendsbüden bei einem Eisenbahnübergang mit einem Schnellzug zusammen. Drei Personen wurden auf der Stelle getötet.

Arbeiterrod. Zwischen Brindisi und Larent überfuhr ein Schnellzug auf einem ungeschützten Uebergang eine Schlepplahn mit heimkehrenden Arbeitern. Drei von ihnen wurden getötet. Der Zugführer ist gefesselt.

In Italien schneit. Aus Mail und Oberitalien werden Stürme und Schneefälle gemeldet. Bei Venedig beschädigte eine Windstöße fünf Häuser. Die Berge um Triest und bei Trient sind mit Schnee bedeckt. Die Waldböden führen Hochwasser.

Ein verwegener Ueberfall wurde gestern vormittag auf ein Bankhaus in Berlin ausgeführt. Zwei Männer, mit Pistolen bewaffnet, drangen in den Kasserraum ein, hielten die beiden Kassierer mit den Revolvern in Schach und plünderten einen offenen Behälter Geldschrank. Mit ihrer Beute in Höhe von 300 Mark entkamen sie im hastigen Berl.

„Auto-Schönheitskonkurrenz“ — neun Verletzte. Im Pariser Bois de Boulogne ereignete sich am Freitag nachmittag bei einer Schönheitskonkurrenz für Automobile ein schwerer Unglücksfall. Die Gattin eines Geschäftsrats der Gesellschaft für Benesuela fuhr, nachdem sie den Wagen dem Preisrichterkollegium vorgeführt hatte, infolge eines Verfehlers bei der Benutzung der Pedale in die Zuschauermenge hinein. Neun Personen wurden verletzt. Sie wurden zwischen dem Auto und einem Baum gesteuert. Die meisten haben komplizierte Verwundungen davongetragen; einem jungen Mann wurden beide Beine, einem Arzt ein Bein abgequetscht. Der Wettbewerb wurde darauf sofort abgebrochen.

Die Unzufriedene

Das Wochenblatt der Frau
kostenlos nur 60 Heller

Redaktion und Verwaltung:
Prag II., Nekazanka 18.

PRAGER ZEITUNG.

Deutsch-bürgerlicher Stadtrat von Prag für den Häuserwucher.

Er bringt die Gemeindeabgabe von unverbauten Grundstücken zu Fall.

Wie bekannt, wird in Prag ein unerhörter Grundstüchwucher getrieben. Die Grundstüchpreise sind sprunghaft in die Höhe gegangen und die Folge davon ist, daß der Häuserbau teurer und die Mietzinsie unangemessen hoch sind. Um nun gegen die Spekulation mit Grund und Boden zu Felde zu ziehen, wurde in der Prager Stadtgemeinde von sozialistischer Seite die Anregung gegeben, eine Abgabe von unverbauten Grundstücken zu erheben, die alljährlich ein halbes Prozent des gemeinen Wertes betragen sollte. Durch diese Abgabe würde man der Spekulation vieler Menschen, die Grundstücke kaufen, diese nicht bebauen und warten, bis die Grundstüchpreise steigen, entgegenwirken.

In der Freitag-Sitzung des Stadtrates gelangten nun die Vorlagen zur Beratung. Gegen die neue Abgabe, die ungefähr eine Million K

jährlich eintragen würde, traten insbesondere die Nationaldemokraten und die Vertreter des Hausbesitzes auf. Bei der Abstimmung stimmten für Einführung der Abgabe alle sozialistischen Parteien, welche 12 Stimmen auf sich vereinigten. Dagegen stimmten die Vertreter der tschechischen bürgerlichen Parteien einschließlich der Radikalen und der deutsche Stadtrat Hochr., was zusammen gleichfalls 12 Stimmen ausmacht. Da der Antrag auf Einführung der Abgabe nicht die Mehrheit erlangte, wird es zu dieser Abgabe nicht kommen. Die Bodenbesitzer können weiter wuchern, die Grundstüchpreise werden weiter in die Höhe gehen und der Preis wird weiter steigen. So vertritt der der Arbeiter- und Wirtschaftsgemeinschaft angehörende Stadtrat die Interessen der deutschen Angestellten und des Mittelstandes!

Deutsch verboten.

In Prag gibt es viele Aufregung anlässlich des Solofestivals, der wie schon früher turnerische Hochleistungen bieten dürfte. Aber darum handelt es sich nicht allein; man muß auch den nationalen Charakter des Württembergers Prag teilen und deshalb darf in den Lichtspielhäusern während der Festwochen des Chauvinismus nicht die deutsche Sprache erklingen. Woher die Prohibition der französischen, englischen, mittelafrikanischen und malaischen Sprache dem Deutschen gegenüber abzuleiten ist, wird nicht leicht erklärt werden, es sei denn, daß man auf das Niveau der Logiker Sträubens oder des Melantrichhausens sinkt. Es geht hier nicht um die Verteidigung des reaktionären deutschen Ufafilms, der uns wahrhaft keine Möglichkeit zu qualifizierter Verteidigung aus edelster Überzeugung geben kann; aber es geht hier darum, daß man sich gegen den deutschen Film nicht seines oft widerlichen und reaktionären Inhaltes wegen wendet, sondern der Sprache willen, die er ertönen läßt. Und das müssen jetzt die Prager Kinobesitzer mit patriotischer Freude in Form leerer Häuser wahrlich teuer bezahlen; sie alle sind jetzt, von einer nebulösen Instanz geführt, edelste Patrioten, sie decken sozusagen das Heil ihres Volkes mit den Vorführungsapparaten ihrer Häuser. Aber sowie die willkommenen Gäste die Stadt ihres Teilwirkens verlassen haben werden, wird Alberts, wird Albach-Rettig, wird die Englische, die Soudrod, wird Falkenstein und Sima, wird Schulz und Vespermann austauschen und wieder den patriotischen Herrn Kinobesitzern zu ihrem notwendigen Geld verhelfen. Ich würde ihnen niemals verargen, den deutschen Film zu spielen; daß sie aber in keiner einzigen Versammlung, in keinem ihrer Blätter den Mut gefunden haben, auf das Sinnlose dieses Verbots hinzuweisen, das noch sinnloser wird, da die Solofestgemeinde auch deutsche Turner zu ihrem Fest eingeladen hat und als staatsbeherrschende Organisation der Mitregierung der Deutschen nicht ablehnend gegenüber stehen darf; das charakterisiert sie wieder einmal trefflich; sie verdienen eben mit Scham, aber doch.

Ein nobler Unternehmer scheint der Restaurateur des deutschen Handwerkerheimes zu sein. Freitag Abend ließ während der Kinopause ein Kellner-Bursche, im Gedränge auf der schlechten Treppe ausgleitend, zwei Gläser mit Bier fallen. Daraufhin erliefen der menschenfreundliche Ober und ohrtreue den Kellner, was bei einem Teil des Kinopublikums berechtigter Entrüstung auslöste. Wir hoffen, daß sich auch das Gewerbeinspektorate für den Fall interessieren wird! Wir glauben auch nicht, daß anständiges Publikum sich in einem Lokal wohlfühlt, in dem die Angestellten geohrfeig werden.

Die Sparrassen Groß-Prags, die Bohmische Sparrasse, die Prager tschechische Sparrasse und die Weinberger Sparrasse haben ihre Amtsräume am Mittwoch, den 20. Juni (Peter und Paul) am Dienstag, den 5. Juli (Cyrill und Method) und am Mittwoch, den 6. Juli (Quasodanstag) sowohl in der Hauptstadt, als auch in allen Exposituren gelassen.

Kunst und Wissen

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag, halb 8 Uhr: „Ramon Lescaut“ (207-III) — Montag, halb 8 Uhr: „Die Kaiserin“ (208-IV) — Dienstag, halb 8 Uhr: „Von Warrens Gewerbe“ — Mittwoch, 8 Uhr: „Für eine schöne Frau“ (Bayreuther N. — Donnerstag, halb 8 Uhr: „La Traviata“ (Abschiedsvorstellung Irene Jolita)

Wochenplan der Kleinen Bühne. Sonntag, 8 Uhr: „Alle Wege führen zu Liebe“ (Ab.) — Montag, halb 8 Uhr: Gastspiel des Berliner Theaters der Komiker — Dienstag, halb 8 Uhr: Gastspiel des Berliner Theaters der Komiker — Mittwoch, halb 8 Uhr: „Die Hölzer“ (Eulenlegespieldiagramm) Ringelzug — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Die Gläser“, Eulenlegespieldiagramm Ringelzug

Gerichtssaal

Begen „Bettelei“ verurteilt — weil er Bleistifte verkaufte!

Jurist über den arbeitslosen Vater von fünf kleinen Kindern.

Prag, 25. Juni. Der sich von dem sozialen Geist unserer Justizgelehrten und ergo der auf diesen beruhenden Rechtsprechung eine Vorstellung machen will, der braucht nur das nächste Bezirksgericht aufzusuchen. Zwischen Tratsch und Klatschhändeln und Vagabundage aller Art gibt es dann zuweilen auch Fälle der nachstehenden Art.

Ein 48jähriger Zimmermann, der bereits annähernd ein Jahr ohne Arbeit ist, steht vor Gericht wegen Bettelei. Er hat eine Frau und fünf Kinder, von denen das jüngste sieben Monate alt ist. Man kann dem Angeklagten gewiß nicht vorwerfen, daß er nicht Beschäftigung gesucht hat, oder allen wählweise gewiesen ist. Eine ganze Reihe mißglückter Versuche, auf diese oder jene Weise ein paar Kronen für den notwendigen Lebensbedarf zu verdienen, ließ ihn mit den Vertretern der öffentlichen „Ordnung und Sicherheit“ kollidieren. Einmal hat er z. B. für ein paar Kronen, die ihm ein gutmütiger Freund zustellte, ein bißchen ärmliches Zudecken gekauft und verkauft, es auf Sportplätzen und in Parkanlagen los zu werden. Die Folge war, daß die ordnungsliebende Polizei erschien und einen letzten Befehl und sein letztes Bettelbrot konfiszierte, nicht ohne dem „unbefugten Gewerbetreibenden“ entsprechende Strafen in Aussicht zu stellen. Andere Versuche fielen nicht glücklicher aus.

Zuletzt hatte er billige Bleistifte in Kommission übernommen und ließ nun von früh bis spät in die Nacht von einem Wirtshaus zum andern um seine Ware anzubieten. Viele hunderte Abweisungen — meist grade — mußte er täglich einstecken. Das meiste Glück hatte er noch in manchen Kaffeehäusern, wo ab und zu ein Gast, auch wenn er nichts kaufte, dem verhungerten Menschen 50 Heller oder gar eine Krone zuschob.

Nun ereignete es sich, daß der Wirt einer Bekanntschaft, der das bemerkte, sich schwer über diese „Unverschämtheit“ eines „Ladendiebes“ aufregte. Er konnte es nicht überwinden, daß einige Gäste heimlich in die Tasse gelangt und dem armen Teufel etwas gegeben hätten — ohne darum angegangen worden zu sein. So holte der dumme Wirt die Polizei, die alsbald erschien und umtastete. Die verzeifelte Lage des Familienvaters machte keinen Eindruck. Die Sache ging weiter, der öffentliche Ankläger forderte die Konfiskation an und das Resultat waren vier- undzwanzig Stunden wegen der Ueberstreichung nach dem trefflichen Vagabundengesetz.

Der verfeuchtete Körper als Lebenserwerb

Aus dem Sumpf des sozialen Elends.

Prag, 25. Juni. Eine 23jährige Prostituierte unter Anklage nach § 18 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird beschuldigt, einen jungen Glasarbeiter willentlich angesteckt zu haben. Er erkrankte sie einige Tage später auf der Straße und ließ sie verhaften. Nach längerer Untersuchung durch den Polizeiarzt wurde sie dem kaiserlichen Hygienikat überstellt, das eine geradezu grauenvolle Diagnose stellte.

Die Angeklagte leidet an Syphilis im zweiten Stadium, an chronischem Tripper und Weißfluß und Schanker. Seit ihrem 18. Lebensjahr hat sie ihr chronisches Leiden. Schon im Jahre 1920 wurde sie auf Antrag des Hygienikats bestraft, weil sie sich der Behandlung entzog. Zuletzt wurde sie 1929 behandelt; ohne aber die Ausheilung abzuwarten, entwich sie der Behandlung und trieb ihr Geschäft weiter. Wieviel Unheil mag diese Angeklagte über ihre Kunden gebracht haben!

Nach geheimer Verhandlung verurteilte OGH. Draba im Sinne des Gesetzes die Angeklagte zu einer Arreststrafe von vier Wochen. Sie wird überdies der zwangsweisen Behandlung unterworfen werden.

Der Film

Das Uran-Uranio-Kino hat in der kommenden Spielwoche, da die übrigen Prager Kinos bereits mit den ältesten Leinwänden, Museumsstücken und Reptilien der heimischen Produktion belegt sind und dem Publikum mit ihnen bestraft sind, eine bessere Chance als sonst. Es spielt einen deutschen Tonfilm,

Verfchwörer!

Die junge spanische Republik wehrt sich ihrer Haut.

Madrid, 25. Juni. (Eig. Bericht.) In Spanien ist man einer großen, gegen die Republik gerichteten Verschwörerorganisation auf die Spur gekommen. Im großartigen Gegenstoß zur Schwere dieses wichtigen Scheitens steht der harmlose Beginn der Affäre: bei einer Kasse in Madrid wurde ein an sich nicht weiter verdächtiger Mann festgenommen, in dessen Besitz man einen Revolver fand.

Der Verhaftete, er hieß Saboz, wurde dem Schlichter vorgeführt. Senor Amado forschte nicht weiter nach, woher der Revolver stammen konnte, er belagte Saboz mit der üblichen Geldstrafe, die auf unerlaubtes Waffentragen steht, und ließ ihn dann laufen. Am gleichen Tage oder stellte sich durch vom Sicherheitsdienst angestellte Nachforschungen heraus, daß Saboz ebendies

verschiedene Attentate auf die einflussreichsten Persönlichkeiten der Republik ausführte sollte. Als Erster sollte der Reichspräsident, Alcala Zamora, beseitigt werden. Man hatte als günstigstes Datum für das Attentat die Ankunft des Präsidenten in Valencia — während seiner Rundreise durch Spanien — vorgegeben. Einer der Verschwörer war nach Valencia „abkommandiert“ worden, wo bereits eine regelrechte Schutztruppe für den Attentäter organisiert war; ihre Mitglieder sollten bei einem Gehalt von 70 Peseten wöchentlich das Attentat vorbereiten. Es kam jedoch nicht zur Ausführung des Verbrechens, weil die Verschwörer den günstigen Moment verpassten. Man verschob den Mord auf später und belagte, erst einmal den Reichszentraler, Senor Azana, aufs Korn zu nehmen. Weitere Attentate auf die Minister, vor allem auch auf den Minister für öffentliche Arbeiten, den Sozialisten Prieto, waren für später geplant.

Son vorher nicht einwandfrei festgestellter Seite waren 50.000 Peseten für das Attentat auf Azana zur Verfügung gestellt worden, 15.000 Peseten davon waren für Saboz, den Führer der Bande, bestimmt, 3000 Peseten für den nach Valencia abgehenden Kameraden, das übrige Geld sollte zu gleichen Teilen durch Saboz an die Bandenmitglieder verteilt werden. Inzwischen hat sich aber erwiesen, daß die Attentäter in reiner Beziehung zu dem „Centro Nacionalista“, der Monarchisten-Partei Spaniens, stehen. Wahrscheinlich stammen die Gelder von dieser Seite.

Kleine Vorfälle — große Wirkungen! Wäre der Innenminister nicht gegen den Richter Amado so rigoros vorgegangen, und hätte es lediglich mit der üblichen „Kage“ genug sein lassen, — wer weiß, ob die Attentate nicht doch zur Ausführung gelangt wären? Die Folgen wären nicht abzusehen gewesen!

Das Revisionsverfahren des Richters Amado wird nun wohl kaum durchgehen können. Die Reaktionen in Spanien tun für eine Welle gut daran, ihr offenes Gelehrte gegen die Republik ein wenig zu dämmen.

der Spannung und Unterhaltung, nichts für Anspruchsvolle, aber gediegene Arbeit und einen bunten Abend bietet. „Das große Abenteuer“ bringt, insofern auch bildend und aufklärend, die große Leistung und ihren Betrieb auf die Leinwand. Wie das Gewerbe des sensationsschöpfenden, von der sensation lebenden Reporters auch ein wenig zu gemächlich und harmlos dargestellt, so erhält das Publikum doch Einblick in eine Welt, die ihre Geschäftsmethoden nicht enthüllt. Hans Alberts braucht den Reporter Steindeder nicht zu spielen, denn der Typ des Drückerjägers, Frauenbegünger und des starken Mannes überhaupt wird wie immer man zu diesem Typ persönlich hoch, von Alberts jedenfalls in ideal vollkommener Weise repräsentiert. Ausgezeichnet ist mit herzerfröhlichem Humor Max Adalbert, dessen Bekanntschaft mit Alberts (sie spielen Vater und Sohn) übrigens frapant ist. Auch die übrige Darstellung, besonders Betty Kammann in einer Vamp-Rolle, ist gut. Als Feiertagsprogramm läuft ein netter Alpenfilm.

Die Wirtin zur wilden Schönheit. Dieser letzte heimische Film wurde anlässlich der Solofestivitäten mit viel Tempo zu Ende geschuftet; er hätte einer gründlicheren Revision, namentlich im Schnitt bedurft. Aber da doch Regisseur Janemann für dergleichen Meinigkeit keine Zeit hat (denn Filme werden bei uns eben am laufenden Band erzeugt), so ist ihm das Kunststück geglückt, in den Szenen, da ihm die Latra größte Möglichkeit geboten hat, die Dummheit der Handlung durch absolut naive Regiearbeit zu unterstreichen und den schwächeren Teil des Werks zu bringen, wo schon die Natur den Vorfall auch ungewollter Wirkung ist. Das Skizzenbuch nach einem Theaterstück von Krizan gelichtet, warum es erzählt wurde, bleibt ein Geheimnis. Weder besonders sentimental, noch besonders hart kleinbürgerlich, weiß man nichts damit anzufangen, ganz abgesehen, daß überhaupt kein Sinn in dem unmotivierten Aufeinanderfolgen von Glück, Unglück, Liebe oder Haß gesehen werden kann. Wenn schon Filme gelehrt werden müssen, ohne genügend lange im Keller arbeiten zu können, dann sollte man doch wenigstens den Eindruck von sorgfältiger Produktion haben; aber darauf wird eben zu leicht verzichtet. Bis auf die beiden Titelschilder gibt es eine triviale Entdeckung: den Schauspieler E. Elias, der figural glänzend aussieht; er hat Temperament, er gibt seinen Szenen Sinn und Tempo, er spricht befriedigend und würdevoll, ordentlich geföhrt, eine ganz große Leistung geben. Die Wirtin zur wilden Schönheit ist Lido Baarova, unter heimischer Star. Auch sie wirkt bildlich glänzend; aber so lange ihr niemand einiges gesagt hat, daß Leben und Spiel gewissermaßen zusammenhängen, daß Aussehen und Ausdruck in Mimik und Gestik einander nicht ausschließen, daß Sprechart des Sprechens und Spiels dem Erfolg nicht abhandelt, wird ein Erfolg nur oberflächlich sein; es wäre vielleicht angezeigt, das junge Ding weniger auf Star aufzupumpen und sie mal ordentlich häßlich zu lassen.

Mitteilungen der „Urania“.

Heute, halb 11 Uhr: Besichtigung der Bühneneinrichtungen des Deutschen Theaters. Ein Blick hinter die Kulissen! Wie das Szenenbild durch die modernen technischen Hilfsmittel entsteht! Treffpunkt: vor dem Bühneneingang. Dort Karten erhältlich.

Hans Alberts, Max Adalbert, Camilla Horn in dem lustig-lebendigen Film „Das große Abenteuer“. Schauspiel: Genf beim Völkerverbund! Die Schweiz! Berlin! Uran-Uranio-Kino. Heute 4, 6 und 8 1/4 Uhr.

Baugenossenschaft für Bank- und Sparkassenbeamte, r. G. m. b. H., in Prag VII., N. C. 1390.

EINLADUNG

zu der am 28. Juni 1932 um 20 Uhr im Spiegelsaal des Deutschen Hauses, Prag II., Graben 24, stattfindenden

Vollversammlung

Tagungsordnung:

1. Eröffnung durch den Obmann des Vorstandes.
2. Wahl zweier Vertikaturen der Verhandlungsprotokolle.
3. Verlesung der Verhandlungsprotokolle der letzten Vollversammlung.
4. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Genossenschaft.
5. Bericht des Aufsichtsrates.
6. Genehmigung der Jahresrechnung und des Antrages über die Gewinnverteilung nach §§ 15 und 22 der Satzungen.
7. Neuwahlen.
8. Anträge nach § 18 P. 10 der Satzungen.
9. Anträge nach § 13 der Satzungen.

BAUGENOSSENSCHAFT FÜR BANK- UND SPARKASSENBEAMTE IN PRAG
registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung. 1945
Karl Erhard Focke, m. r. Josef Rohm, m. r.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma **HEGNER & Co., PILSEN**

Seichwaren der Fa. HEGNER & Co., PILSEN **SIND DIE ALLERBESTEN!**

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Michael. — Herausgeber: Redaktions-Druckerei in Prag. — Druck: „Prag“ N. C. 1390, 11. Prager Straße. — Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ist das Geld oder bei Bezug durch die Post monatlich K 15.—, vierteljährlich K 45.—, halbjährlich K 85.—, ganzjährig K 160.— zu zahlen. — Inserate werden laut Tarif K 10.— berechnet. Bei kleineren Aufträgen wird Abgemacht. — Abrechnung über Kontokorrent erfolgt mit der Einzahlung der Remittenten.